

## NACHRICHTEN

## Abfuhr für die Grünliberalen

**ENERGIEWENDE** sda. Das Parlament will nichts wissen von der Energiesteuerinitiative der Grünliberalen. Nach dem Ständerat hat gestern auch der Nationalrat dem Volksbegehren eine Abfuhr erteilt. Auch einen direkten Gegenvorschlag wollen beide Räte nicht. Die Grünliberalen verlangen mit der Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer», die Mehrwertsteuer abzuschaffen. Ersetzt werden soll diese durch eine Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern wie Erdöl, Gas, Kohle oder Uran.

## Eigenmietwert erneut auf Tapet

**WOHNEN** sda. Der Nationalrat bringt den umstrittenen Eigenmietwert erneut aufs Tapet. Eigenheimbesitzer sollen entscheiden können, ob sie ihre Liegenschaft zum Eigenmietwert versteuern wollen. Der Nationalrat unterstützte gestern den Vorstoss von Hans Eglolf (SVP, Zürich) mit 93 zu 90 Stimmen bei drei Enthaltungen knapp. Im Gegenzug könnten die Eigentümer private Schuldzinsen nur noch bis zur Höhe der steuerbaren Vermögenserträge abziehen. Keine Limite gäbe es für Massnahmen, die der energetischen Sanierung oder dem Denkmalschutz dienen. Die Motion geht nun an den Ständerat.

## Schwinger von Aufsicht befreit

**FINMA** sda. Der Nationalrat will kleine Versicherungsgenossenschaften von Vereinen oder Verbänden von der Versicherungsaufsicht durch die Finma befreien. Eine entsprechende Gesetzesänderung hiess der Nationalrat gestern einstimmig gut.

Der administrative Aufwand stehe für die Kleinversicherer in keinem Verhältnis zum Nutzen der Aufsicht, sagte Kommissionssprecher Thomas Maier (GLP, Zürich). Von der Aufsicht befreit werden sollen Versicherungen, die eng mit einem Verein oder einem Verband verbunden sind und nur dessen Mitglieder versichern. Von der Ausnahme wären laut Maier aktuell nur vier Kleinversicherer betroffen, darunter die Hilfskasse des Eidgenössischen Schwingerverbandes.

Auch der Bundesrat unterstützt die Änderung, die Albert Vitali (FDP, Luzern) mit einer parlamentarischen Initiative angestossen hatte. Nun muss noch der Ständerat über die neue Regel befinden.

## Ständerat lockert Bauverbot



Bautätigkeit in Arosa: Im Bündner Ferienort liegt der Anteil an Zweitwohnungen über 20 Prozent. Das Bild stammt vom 14. Mai 2013.

Keystone/Arno Balzarini

**ZWEITWOHNUNGEN** Der Ständerat kommt den Berg- und Tourismusregionen weit entgegen. Er will die Zweitwohnungsinitiative mit vielen Ausnahmen umsetzen.

NICOLAS HEHL, SDA  
schweiz@luzernerzeitung.ch

«Es gibt einen Verfassungsartikel und 28 Gesetzesartikel, um diesen zu umgehen», stellte der Genfer Ständerat Robert Cramer (Grüne) gestern bei der Diskussion über das Zweitwohnungsgesetz fest. Verena Diener (GLP, Zürich) sprach von einem «Ausnahmegesetz», das sich einzig damit befasse, unter welchen Bedingungen trotz Verbot Zweitwohnungen gebaut werden könnten. Grund für diese Gesetzgebung ist die Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung der Rand- und Bergregionen. Gemäss einer Studie im Auftrag des Bundes drohen ausgerechnet im ohnehin strukturschwachen Alpenraum grosse Einbussen und der Verlust tausender Arbeitsplätze, insbesondere im Baugewerbe.

Zur Erinnerung: Mit dem knappen Ja 2012 (50,6 Prozent) zur Zweitwohnungsinitiative verbot das Volk fast im ganzen Alpenraum weitgehend den Bau von Zweitwohnungen. Mit seinem Entwurf für ein Zweitwohnungsgesetz versuchte der Bundesrat, den Volkswillen umzusetzen und gleichzeitig die ärgsten Folgen für die betroffenen Regionen abzufedern. Durch die Zulassung von Neubauten unter bestimmten Bedingungen und des Umbaus bestehender Bausubstanz sollten Möglichkeiten für neue Geschäftsmodelle geschaffen werden.

## Spielraum für Leuthard ausgereizt

Der Bundesrat habe «den Spielraum mehr als ausgereizt», sagte Umwelt- und Raumplanungsministerin Doris Leuthard. Dem Ständerat genügte dies nicht. Er lockerte die Vorschriften derart, dass Leuthard in der Debatte von «verfassungsmässig sehr dünnem Eis» sprach.

Die Bemerkung stand im Zusammenhang mit den Privilegien für die Hotellerie: Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, dass Hotelbetriebe neue Zweitwohnungen bauen dürfen, falls ihre Existenz von dieser Quersubventionierung abhängt. Die Fläche der Wohnungen wollte der Bundesrat auf 20 Prozent der Gesamtfläche beschränken. Der

Ständerat entschied aber, dass Hotels zusätzlich auch noch Zweitwohnungen zur Vermietung bauen dürfen. Deren Fläche soll bis zu 33 Prozent der Gesamtfläche betragen dürfen.

Der Bundesrat hatte Ausnahmen vom Bauverbot für geschützte oder ortsbildprägende Bauten vorgeschlagen. Der Ständerat ging aber noch weit darüber hinaus. Mit Stichtentscheid des Präsidenten beschloss er, dass nicht nur geschützte, sondern alle erhaltenswerten Bauten umgebaut werden dürfen, falls diese sonst verlottern würden. Was «erhaltenswert» bedeutet, definierte der Ständerat jedoch nicht. Mit dem Entscheid kam die Kleine Kammer den von Abwanderung betroffenen Gebieten entgegen.

## Angst vor Missbrauch

Für Zündstoff sorgte, dass auch der Neubau von Zweitwohnungen zulässig sein soll, die auf einer kommerziellen Plattform zur kurzzeitigen Vermietung angeboten werden. Damit werde dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet, weil die Einhaltung der Vorschriften nicht kontrolliert werden könne, sagte Robert Cramer. Die Mehrheit zeigte sich davon unbeeindruckt. Im Sinne eines Kompromisses hatte der Bundesrat vorgeschlagen, dass bestehende Wohnungen

ohne Einschränkungen in Zweitwohnungen umgewandelt, aber nicht erweitert werden dürfen. Der Ständerat beschloss jedoch, dass Wohnungen um 30 Prozent, maximal aber um 30 Quadratmeter vergrössert werden dürfen.

Grosszügig zeigte sich der Ständerat auch gegenüber touristischen Grossprojekten: Falls deren Sondernutzungsplan bei Annahme der Initiative bereits bewilligt und die Anlage in ihren Grundzügen geplant war, dürfen sie weiterhin Zweitwohnungen bauen.

In der Gesamtabstimmung stimmte der Ständerat dem Zweitwohnungsgesetz mit 22 zu 13 Stimmen zu. Dieses geht nun an den Nationalrat.

## Referendum liegt in der Luft

Die Umweltverbände wollen nun die Beratungen in der Grossen Kammer abwarten, ehe sie über ein Referendum gegen die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative entscheiden. Falls der Nationalrat als Zweirat nicht korrigierend eingreift, wird ein Gang an die Urne wahrscheinlich. «Wir sehen, dass der Gesetzesentwurf, der schon viele Ausnahmen beinhaltete, noch weiter aufgeweicht wurde», kritisierte gestern Vera Weber von «Helvetia Nostra» und der «Fondation Franz Weber».

## Studentenaustausch kostet Milliarden und bringt Babys

**ERASMUS** Die EU lobt ihr Austauschprogramm für Studenten. Die Schweiz lässt sie nicht daran teilhaben.

Die Schlagzeile war gesichert: Eine Million Babys seien dank dem Erasmus-Programm auf die Welt gekommen, sagte diese Woche EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou über das Austauschprogramm für Studenten. Medien in der ganzen Welt nahmen die Meldung auf. Ob sie Eltern dazu veranlasst, ihre Zöglinge zu einem Austauschjahr zu ermuntern, sei dahingestellt.

## Mehr Chancen auf Arbeitsmarkt

Dazu ist wohl die positive Erasmus-Bilanz ausserhalb des Intimbereichs geeigneter. Studenten, die ein Austauschsemester in einem anderen Land absolvierten, wiesen laut EU danach deutlich bessere Qualifikationen für den Arbeitsmarkt auf. Fünf Jahre nach dem Abschluss ist die Arbeitslosenrate bei Erasmus-Absolventen um ein Viertel tiefer als jene ihrer Gleichaltrigen. Sie

gehen auch doppelt so häufig wieder ins Ausland, was gemäss Einschätzung der Kommission ihre Jobchancen zusätzlich steigert.

Allerdings ist auch Kritik an dem System angebracht. Davon profitieren vor allem Studenten, die ohnehin gut qualifiziert sind, wie der Evaluationsbericht der EU einräumt. Mehr als die Hälfte der Erasmus-Studenten stammt aus einer Akademiker-Familie, haben also ohnehin einen Vorsprung auf ihre Kameraden. Der vergrössert sich dank dem Auslandsaufenthalt sogar noch um die Hälfte.

## Erdrückende Bürokratie

Nicht wirklich gestärkt wird im Erasmus-Jahr hingegen die europäische Identität – weil es ohnehin die überzeugten Europäer sind, die daran teilnehmen. Die Kosten für das Programm sind exorbitant hoch, während die Bürokratie erdrückend ist. In der nächsten Budgetperiode sind für Erasmus rund 2 Milliarden Euro pro Jahr eingestellt, 40 Prozent mehr als in der vergangenen Periode.

Die total 15 Milliarden Euro teure europäische Babymaschine soll rund 4 Millionen Austauschwilligen zugute kommen – Europäern, nicht aber den

Schweizern. Denn nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat die EU der Schweiz den Zugang zu Erasmus verweigert. Während die beiden Partner bei den ebenfalls blockierten Forschungsgeldern im Sommer eine Lösung fanden, lässt die EU wegen Erasmus immer noch nicht mit sich reden. Warum genau, ist unklar – vermutlich ist es eine Mischung aus Desinteresse und Bestrafung.

## Bundesrat mit Übergangslösung

Vergangene Woche hat der Bundesrat darum eine Übergangslösung für die nächsten zwei Jahre beschlossen. Aber die soll nur angewandt werden, falls die Schweiz weiterhin nicht an Erasmus teilnehmen kann. Die Hoffnung darauf hat der Bundesrat noch nicht aufgegeben. «Das Parlament hat sich für Erasmus+ starkgemacht, und der Bundesrat hat sein entsprechendes Verhandlungsmandat nicht zurückgezogen. Darum suchen wir weiterhin mit der EU eine Lösung», sagt Gaëtan Lager, zuständig im Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation des Bundes. Verhandlungen finden zwar keine statt, doch treten die EU und die Schweiz auf

Fachebene immer wieder in Kontakt zum Thema Erasmus.

## Erasmus-Plätze nicht ausgeschöpft

Nur: Wie gross ist das Interesse der Schweiz daran wirklich? Finanziell kommt sie der Ausschluss nicht teurer zu stehen als die Teilnahme. Zwar muss sie als Nichtmitglied auch ausländischen Studenten Stipendien zahlen. Doch reichen die budgetierten Erasmus-Beiträge von knapp 25 Millionen Franken jährlich dafür aus. Und die Hochschulen haben mit einem Kraftakt dafür gesorgt, dass sie statt der früheren Erasmus-Plätze neue Austauschplätze mit ausländischen Hochschulen vereinbaren konnten. Die Erasmus-Plätze wurden ohnehin nie ausgeschöpft, denn sie richten sich an eine Minderheit: Die rund 2700 Austauschstudenten pro Jahr stellen nur 1 Prozent aller Studierenden dar.

Die Schweiz würde von einer Teilnahme an Erasmus dennoch profitieren, ist man beim Bund überzeugt. «Mit der Übergangslösung verliert die Schweiz Austauschbereiche, die von Teilnehmern in vierstelliger Zahl genutzt würden. Die Aufnahme von Praktikanten in der Schweiz im Bereich der Berufsbildung ist

zum Beispiel stark eingeschränkt», sagt Gaëtan Lager. Die Schweiz bleibe auch von internationalen Gremien ausgeschlossen, und «Schweizer Institutionen können Projekte weder initiieren noch leiten». Die Übergangslösung werde dem «Anspruch einer aktiven Positionierung des Schweizer Bildungssystems auf internationaler Ebene nicht gerecht».

## Schweiz unter Zeitdruck

Derweil zerrinnt die Zeit. In einem Monat werden die Erasmus-Aktivitäten für 2015 ausgeschrieben. Zwar heisst es beim Bund, es gebe keinen fixen Termin, bis wann eine Einigung zu Erasmus stehen müsse. Je länger es aber dauert, desto weniger können Schweizer Studenten noch profitieren, weil bereits Fristen verstrichen oder Plätze besetzt sind. Die Schweiz ist ohnehin unter Zeitdruck, weil sie ihre Erasmus-Teilnahme nur für die Jahre 2015 und 2016 planen kann. Bis dann müssen die EU und die Schweiz ohnehin eine neue Basis für ihre bilateralen Beziehungen schaffen – inklusive Lösung für den Konflikt um die Personenfreizügigkeit.

FABIAN FELLMANN, BRÜSEL  
fabian.fellmann@luzernerzeitung.ch